

diesem Problemfeld. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die Anstöße der Erklärung unter den Gläubigen Wirkung zeigen. Schließlich ist das Dokument ja auch eine *kritische Anfrage* an das Handeln der Institution Kirche in dieser Gesellschaft. Ein Bedenken sei aber angemerkt: Gerade der Schluß-

abschnitt der Erklärung über die Eucharistie als Vermittlung zwischen göttlicher Vorgabe und menschlichem Handeln, aber auch manche Aussagen über die Schöpfung und das christliche Weltverhalten, lassen die Gefahr deutlich werden, daß die Kirche sich letztlich auf eine Position zurückziehen

könnte, die bei allen Anstößen einerseits und aller begrüßenswerten Zurückhaltung andererseits mit den realen Problemen, vor denen die Menschheit in absehbarer Zukunft steht, gar nicht mehr wirklich vermittelt werden kann. Der Heilige Franziskus als Patron des Umweltschutzes genügt nicht. U.R.

Entwicklungen

Nur halber Verlierer?

Die Unionsparteien vor und nach der Bundestagswahl

Es trifft zwar auf kein Bundesland und auf beinahe keinen Wahlkreis zu, was eine süddeutsche Zeitung im Blick auf Niedersachsen schrieb, bei dieser Bundestagswahl sei alles anders gekommen als erwartet. Aber einige, jedenfalls beim ersten Hinsehen recht widersprüchliche Besonderheiten gab es schon; und zwar vor der Wahl, durch die Wahl und nach der Wahl.

Widersprüchliche Besonderheiten

Aus dem Wahlkampf 1980 sollte nicht nur die Auseinandersetzung der großen Figuren, ein Entscheidungskampf zwischen den „beiden potentesten Politikern, über die die Bundesrepublik gegenwärtig verfügt“, werden, sondern eine „Wahl der klaren Alternativen“ und langfristigen Weichenstellungen, die in ihren Auswirkungen so bedeutsam sein würde wie keine andere Wahl seit der Gründung der Bundesrepublik. Und wer dies für eine der üblichen rituellen Wahlkampfüberrhebungen hielt, wurde von der „FAZ“ noch am 3. Oktober belehrt, an der Straußschen These, keine Wahl seit 1949 sei so wichtig gewesen wie die diesjährige, stecke wenigstens hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung „ein Stück Wahrheit“. Doch aus dem Ringen zwischen angeblich klaren Alternativen wurde einer der langweiligsten Wahlkämpfe der Bundesrepublik, der das allgemeine politische Interesse nach Aussagen der Demoskopen eher schwächte als anregte. Die emotional-ideologischen Zuspitzungen, von denen er optisch so sehr geprägt war, wurden von den meisten Bürgern als Schaukämpfe und Spiegelfechtereien auf erkennbar niedrigem menschlichem Niveau eingestuft und trotz mancher bombastischer Klagen über den miesen Stil des Wahlkampfes nicht allzu ernst genommen. Die prognostizierte *Staats-, Politik- und Parteienverdrossenheit*, die in der Bundesrepublik immer dann beschwo-

ren wird, wenn irgendwelche grundlegenden Probleme des Gemeinwesens dem Bürger nicht so verständlich gemacht werden oder werden können, wie er es erwartet, hat in den Wahlergebnis-Daten noch keinen nachweisbaren Niederschlag gefunden. Die gegenüber 1976 um gut zwei Prozent niedrigere Wahlbeteiligung war angesichts des allgemein erwarteten Sieges der Koalitionsparteien mit 88,6 Prozent dennoch eher hoch als niedrig. Wer meinte, Protestwähler würden sich in größerer Zahl Minderheiten- bzw. Kleinstparteien zuwenden, sah sich gründlich getäuscht. Die entsprechenden, zwischen den Wahlkämpfen regelmäßig publizistisch überschätzten Gruppierungen hatten diesmal weniger Chancen denn je. Aber wer damit rechnete, die ohnehin einseitig liierte „dritte Kraft“ werde sich wegen der Konzentration der Aufmerksamkeit auf die beiden großen Gruppierungen und deren Spitzenkandidaten kaum behaupten, geschweige denn verbessern können, irrte noch gründlicher. Nicht erst die Hochrechnungen des Wahlabends, bereits die letzten Wahlprognosen der demoskopischen Institute sahen die Freien Demokraten als den „großen“ Gewinner, obwohl im Wahlkampf trotz des Genscherschen Slogans, diesmal gehe es ums Ganze, hin und wieder der Eindruck entstand, FDP finde dort gar nicht statt. Außer weltklugen Bemerkungen zur Außenpolitik, zur Marktwirtschaft und zum liberalen Rechtsstaat war bundesweit von dieser Partei denn auch nicht viel zu hören.

Trotz des angekündigten großen Kräftemessens wurde aus dem Wahlkampf, jedenfalls soweit er in der Medienöffentlichkeit geführt wurde, eine Auseinandersetzung praktisch ohne Themen und weitgehend ohne Perspektiven, sieht man von dem noch immer nicht zum Wähler durchschlagenden Thema *Staatsverschuldung* ab; es sei denn, man lasse die recht grobmustrige Auseinandersetzung über Entspannungspolitik, über die Rentenfrage oder gar die über das Hirtenwort der Bischöfe als „Themen“ gelten.

Wenig war von den großen *gesellschaftspolitischen Zukunftsfragen*, von Arbeitsplatzsicherung bei niedrigerem Wachstum, von den notwendigen Korrekturen am sozialen Netz oder von der Sicherung der Verteidigungskraft im westlichen Bündnis und im eigenen Land als Teil einer langfristigen Friedenssicherung zu hören. Das *Energie-thema* war von den großen Parteien praktisch ausgespart; und obwohl in den letzten Jahren die hitzigsten Diskussionen und Demonstrationen dazu stattgefunden hatten, konnten die „Grünen“ davon in keiner Weise profitieren.

Wandel im öffentlichen Meinungsbild

Es gab aber auch noch Besonderheiten anderer Art, z. B. eine Reihe scheinbar widersprüchlicher Umfragewerte. Mit der relativ hohen *Kompetenzzuweisung* an die Unionsparteien konkurrierte auf recht kontrastreiche Weise das permanent gleichbleibende Meinungstief für die Opposition und die exorbitant hohe Erwartung eines sicheren Sieges der Koalition. *Werner Kaltefleiter* hat zwei Tage nach der Wahl (in der „Welt“ vom 7. Oktober) versichert – freilich im Widerspruch zu einer Reihe anderer demoskopisch erhärteter Daten –, die Unionsparteien hätten noch während des Wahlkampfes bei den meisten für wichtig gehaltenen politischen Problemen – von Sicherheitsfragen über die Preisstabilität bis zur Energiepolitik – einen wenigstens knappen Vertrauensvorsprung in der Zuteilung von Lösungskompetenz gegenüber den Koalitionsparteien gehabt, während es 1976 noch genau umgekehrt gewesen sei. Damals habe die Koalition deutlich vorne gelegen. Aber 1976 gewann die Union 48,6 Prozent der Stimmen; diesmal fiel sie auf 44,5 zurück. Trotzdem klagte in der SPD angesichts der eigenen geringen Zugewinne nicht nur *Herbert Wehner* über einen zu akademischen und zu wenig bürger- und arbeiternahen Wahlkampf seiner Partei, sondern gab nach der Wahl auch *Willy Brandt* öffentlich zu, man habe sich die Themen zu sehr von der Opposition diktieren lassen. Dennoch dürfte Kaltefleiter recht haben, wenn er der Union vorwirft, sie habe es nicht verstanden, Sachthemen zu prägen, sondern sei wie schon 1976 wiederum auf Ideologie ausgewichen. Auf jeden Fall hat ihr der von Kaltefleiter errechnete Kompetenzvorsprung wenig genützt, denn eindeutiger als bei den unmittelbar vorausgegangenen Wahlen stand der zu erwartende Verlierer von Anfang an fest. Die Union hatte nicht die Spur einer Chance.

Aber auch das gehört zu den Besonderheiten dieser Wahl: Es gab zwar Enttäuschung beim Verlierer, besonders wegen der hohen Verluste im Norden und wohl auch, weil man die Höhe der erwarteten Niederlage verdrängt hatte, aber *keine Desasterstimmung* und keine öffentliche Aburteilung von Schuldigen, wie man es bei der Union sonst gewohnt ist, und nicht einmal ein Aufbrechen kaum verheilter Wunden, sondern eine von allen Medien beifällig aufgenommene „erstaunliche Disziplin in der Niederlage“, aber recht freimütig geäußerte Unzufriedenheit beim Sieger über das eigene magere Ergebnis, soweit der Sieger SPD hieß.

Schließlich, und das dürfte besonders bemerkenswert sein, hätte man in den Tagen nach der Wahl erwarten können, daß sich die Kommentatoren die Finger wundschieben würden über das Debakel der Union und deren trübe Zukunftsaussichten. Aber davon war so gut wie nichts zu hören oder zu lesen. Im Gegenteil! Obwohl es nicht leicht war, sich mit dem Hinweis, man sei ja stärkste politische Kraft geblieben, über die schwerste Niederlage in der Geschichte der Union hinwegzutrusten, wurde nach der Wahl fast schlagartig und ohne jeden Sachzwang, da die Koalitionsverhandlungen ja noch nicht anliefen, die öffentliche Aufmerksamkeit von den Problemen der Union abgezogen und auf die zu erwartenden Schwierigkeiten der Koalition verlagert.

Die Grundreaktion war zwar im In- und Ausland Befriedigung über die zu erwartende Kontinuität deutscher Politik, zumal die Regierung Schmidt trotz eines beachtlichen Zuwachses am linken Flügel der SPD von der Mitte her gestärkt wurde. Aber der *Grundtenor im öffentlichen Meinungsbild* war doch: die Regierung werde es schwer haben, nicht nur wegen der innerparteilichen Situation der SPD und der durch die Wahl erfolgten Umgewichtungen zwischen den Koalitionspartnern, sondern wegen der schwierigen außen- und vor allem innen-, speziell finanzpolitischen Probleme, die in der nächsten Legislaturperiode zu bewältigen sein würden. Die Londoner „Times“ (9. 10. 80) meinte gar, der Meinungstrend laufe, wenn Strauß unberücksichtigt bleibe, zugunsten der Christdemokraten. Der Bundeskanzler werde schweren Zeiten entgegengehen, und in vier Jahren, wenn die Union hinreichend reformiert sei, werde dann die Zeit reif für andere Konstellationen.

Es scheint also trotz der fast erdrutschartigen Verluste der Unionsparteien diesmal nicht einmal so ganz klar zu sein, wie stark der Sieg trägt und wie gefährlich die Verluste sind. Im Gegensatz zu 1976, wo die Union die absolute Mehrheit der Sitze nur knapp verfehlte und in der politischen Öffentlichkeit trotzdem als eindeutiger Verlierer dastand, scheint es diesmal – die FDP vorläufig ausgenommen – nur halbe Gewinner und halbe Verlierer zu geben. Der Wähler weiß offenbar am Schluß nicht so recht, was er eigentlich bewirkt hat.

Was zum Zuge kam und was blockiert wurde

Diese wenigstens scheinbar widersprüchlichen Besonderheiten lösen sich allerdings spätestens beim zweiten Blick auf die politische Gesamtsituation bzw. auf die sachpolitischen und personellen Voraussetzungen der Wahl auf recht unkomplizierte Weise auf. Es gab ganz spezifische *Voraussetzungen dieser Wahl*, durch die sie sich von den vorausgegangenen wesentlich unterscheidet, und diese haben in erster Linie mit der Union und erst in zweiter Linie mit den Koalitionsparteien zu tun.

Fürs erste hatte sich die Union durch die Beschlüsse von Kreuth und alles, was diesen gefolgt war, selbst geschwächt,

indem sie durch inneren Streit und eine übermäßige Konzentration auf Personaldiskussionen *Mißtrauen* beim Wähler schuf.

Durch die unter schweren inneren Verlusten zustande gekommene *Kanzlerkandidatur Strauß* konnte sie zwar den Eindruck mangelnder Geschlossenheit und einer unechten Balance des personell-politischen Gleichgewichts innerhalb der Union weitgehend überwinden und dank politischer Loyalität der innerparteilich Unterlegenen zu einer nach außen eindrucksvollen Geschlossenheit zurückfinden. Aber die Strauß-Kandidatur paßte aus verschiedenen Gründen nicht in die politische Landschaft.

Erstens war von der politischen Großwetterlage her nicht die scharfe Alternative, sondern Kontinuität gefragt. Diese *Grundsituation* hat sich durch außenpolitische Krisen und Rückfälle, durch Afghanistan und den neu auftauchenden Schwierigkeiten in der Entspannungspolitik, nicht verändert. Im Gegenteil! Diese – eine Mischung aus Sicherheitsbedürfnis und Konfliktagst – hat dadurch zusätzlich Auftrieb bekommen. Man wollte außenpolitisch nichts riskieren, schon gar nicht durch einen Kanzler bzw. Kandidaten, der im Rufe steht, nicht nur härter verhandeln, sondern auch eine „Unterbrechung der Entspannungspolitik“ in Kauf nehmen zu wollen.

Diese Situation konnten die Koalitionsparteien voll nutzen und sich damit als soliden Garanten außenpolitischer Vernunft und innenpolitischer Gleichgewichtskunst darstellen. Angesichts der *ruhe- und sicherheitsbedürftigen Grundstimmung in der Bevölkerung* hatte die Union, so ambivalent, ja gefährlich diese, sofern sie eine Ermunterung für den außenpolitischen Gegner und Vertragspartner werden kann, in sich sein mag, dem Gegner nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Im Gegenteil! So infam die Parole über Strauß als den „Kanzler des Unfriedens“ sein mochte, ihre psychologische Wirkung hat sie bis hinein in die traditionelle Unionswählerschaft gewiß nicht verfehlt, zumal angesichts der Auseinandersetzungen in den Unionsparteien während der letzten vier Jahre und früher eine für die Psychologie des Wählers nicht unerhebliche innenpolitische Komponente hinzukam: das Image des Machtpolitikers, der selbst im Umgang mit eigenen Parteifreunden „Unfrieden“ stiftet. Die Erinnerungen vieler waren noch zu frisch, als daß sie sich der Plausibilität eines solchen Arguments ganz entziehen konnten. Zweitens erfüllte die Strauß-Kandidatur entgegen landläufiger Meinung *nicht die Funktion einer klaren Alternative* weder sachpolitisch noch personell. Außenpolitisch ging dem Kandidaten zwar der Ruf von Härte voraus, aber angesichts des durch die jüngsten Konflikte noch gewachsenen Sicherheitsbedürfnisses in der Wählerschaft, sah sich auch die Union, in diesem Punkte der Koalition nicht unähnlich, zum Lavieren gezwungen. Eine *wirkliche Alternative* wäre aus dem außen- und sicherheitspolitischen Konzept der Union nur geworden, wenn diese den Wähler nicht nur über politische Windigkeit der wahlpropagandistisch ausgeschlachteten Friedensparolen der Koalition, sondern über des Wählers eigene Krisenangst und deren mögliche politische Folgen aufgeklärt hätte. Dafür war

aber ein so stark personalisierter Wahlkampf denkbar ungeeignet.

Die Strauß-Kandidatur war aber auch personell – wenigstens unter politisch-psychologischem Aspekt – nicht die klare Alternative, als die sie gedacht war. Zwar trafen in *Helmut Schmidt* und *Franz Josef Strauß* die beiden Persönlichkeiten mit der gegenwärtig größten politischen Erfahrung in der Bundesrepublik aufeinander. Ein solches Duell war für den Zuschauer nicht ohne Faszination. Aber Schmidt und Strauß sind beide zu sehr Pragmatiker, um vom Wähler in erster Linie als Grundsatzkontrahenten akzeptiert zu werden. De facto vorhandene politische Übereinstimmungen mußten deshalb um so mehr mit ideologischem Ballast überdeckt werden. Und in der Konfrontation im Persönlichen war Strauß von vornherein der Unterlegene: Nicht daß ihm die Bevölkerung insgesamt eine geringere Fachkompetenz als Schmidt zubilligen würde. Das Problem blieben die Sympathie-Werte. Schon anlässlich der 76er Wahlen formulierte der damalige Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. *Dieter Oberndörfer* (vgl. HK, Januar 1977, 23), in bezug auf die damals demoskopisch erfragten Sympathie-Werte: „Tatkraft ohne Vertrauenswürdigkeit erweckt Mißtrauen“. Daran hatte sich bis zu den Wahlen 1980 nichts geändert, und das, obwohl angenommen werden muß, daß die *Vertrauenswürdigkeit der Union hinsichtlich ihrer Sachkompetenz* gerade durch die Kandidatur von Strauß zusätzlich gewachsen ist.

Drittens jedoch konnte die durch Strauß selbst zusätzlich gewonnene Lösungskompetenz der Union unter Führung von Strauß nicht angemessen zum Zuge kommen, zunächst, weil die vorausgegangene *Konzentration auf die Führungsfrage* in der Union das Ausdiskutieren zentraler gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Probleme unmöglich machte oder verzögerte, dann weil zur Sachkompetenz der nötige Vertrauensvorschuß nicht hinzukam und schließlich, weil durch den Kandidaten selbst der Wahlkampf zu sehr außenpolitisch angelegt war, um die Chancen im innenpolitischen Bereich, als sich außenpolitisch klar eine Unterlegenheit der Union herausstelle, noch voll nutzen zu können. Hinzu kam als entscheidender Umstand, der auch jeden anderen Kandidaten getroffen hätte, daß die Regierung selbst in den Augen einer Mehrheit der Wähler keine so gravierenden Fehler gemacht hatte, daß ein erkennbarer Trend zur Ablösung im Wählerwillen entstanden wäre.

Viertens war die Kandidatur von Strauß der eigenen Einheit wegen dennoch eine gleichsam *historische Notwendigkeit*. Deswegen wurde sie von vielen nicht nur mitgetragen, sondern auch gewollt, die ihr von vornherein keine Gewinnchance gaben. Jetzt, da die Probe aufs Exempel gemacht ist und das Ergebnis vorliegt, scheinen einstweilen auch die Positionen innerhalb der Union einigermaßen geklärt zu sein. Und viele meinen nun, soweit Strauß für die Union ein Problem war, sei auch dieses im Ansatz gelöst. An eine erneuerte Kandidatur denkt wohl niemand mehr. Und wer jetzt noch mit dem Gedanken einer vierten Partei spiele, so die „Süddeutsche Zeitung“ vom 7. Okto-

ber, setze „auf puren politischen Selbstmord“. Schon heißt es, der Anfang vom Ende der Ära Strauß sei gekommen. Und selbst der „Münchner Merkur“, gewiß kein Strauß ungut gesinntes Blatt, stellte (mit ausdrücklichem Bedauern) fest, Straußens Einfluß auf den Gang der Dinge in der Union werde nun spürbar geringer sein. So wächst der Union neue Hoffnung auf zusätzliche innere Konsolidierung zu. Da die Niederlage vorauszusehen war, mußte und konnte man sich um so leichter auf eine *Strategie* danach einigen. Da diese so eindeutig ist, haben Schuldzuweisungen wenig Sinn. An den Fakten kommt ohnehin niemand vorbei, sie müssen innerparteilich nicht erst ausgesprochen werden.

Da die SPD trotz oder gerade mit Schmidt weiter stagniert, ist auch die eigene Niederlage um einiges erträglicher. Der Eindruck, daß nun das Schlimmste überstanden sei und daß die Union trotz katastrophaler Einzelergebnisse im Norden wie im Süden nach wie vor über einen hohen Sockel von Stammwählern verfügt, die ihr auch dann die Stimme geben, wenn sie mit deren Führungspersonal nicht einverstanden sind, mag auch außerhalb der Union zu der relativ optimistischen Einschätzung führen, diese habe nun die Chance, nicht nur aus Fehlern der Regierung Gewinn zu ziehen, sondern sich selbst ohne abrupte programmatische Zäsuren zu regenerieren. Von zu erwartenden „schwedischen“ Verhältnissen (wie sie dort einmal waren, nämlich von einer vierzigjährigen sozialdemokratischen Herrschaft) spricht nach der Wahl 1980 niemand mehr. Das liegt in erster Linie am schwachen Abschneiden des Siegers, dennoch profitiert auch der Verlierer davon. Zumal auch die Gewinne der FDP zu einem guten Teil Strauß-bedingt dargestellt wurden. Da überdies in der CDU alle Konkurrenten der gegenwärtigen Parteiführung eindeutig mitverloren haben, dürfte der Union insgesamt eine Diskussion um die Führungsfrage wenigstens während der nächsten zwei Jahre erspart bleiben.

Skeptische Fragen

Dennoch bleiben gerade im Blick auf die Zukunft der Union skeptische Fragen.

Die erste betrifft die *Rückgewinnung des verlorengegangenen Wähleranteils*. Ein Teil der Wechselwähler hat sich ungemein vorsichtig verhalten und damit das Bild von der fast unheimlichen Beständigkeit des Wählerwillens in der Bundesrepublik unterstrichen, indem ein beträchtlicher Teil Schmidt nicht über die SPD, sondern über die FDP gewählt und dabei noch mehr als bei den letzten Wahlen seine Stimmen aufgeteilt hat. Die *Differenz zwischen Erst- und Zweitstimmen* ist diesmal bei beiden Parteien fast gleich groß (im Bundesdurchschnitt 1,5 Prozent bei der Union und 1,6 bei der SPD). Das ist nicht nur ein Zeichen dafür, daß vor allem klassische Koalitionswähler die FDP stützen wollen, sondern auch ein Hinweis darauf, daß ein beträchtlicher Teil von Pendelwählern zwischen Union und FDP, der Union nicht endgültig den Rücken gekehrt haben. Diese Situation scheint vor allem in Baden-Würt-

temberg mit dessen hohen (4,8 Prozent) CDU-Verlusten und dessen hohen (2,9 Prozent) FDP-Gewinnen besonders ausgeprägt zu sein. Dennoch wird es gerade angesichts der hohen Verluste in den säkularisierten protestantischen Ländern des Nordens unter dem Bildungsbürgertum und in der Schicht der sozialen Aufsteiger sehr schwierig sein, eine größere Schicht von *Wechselwählern* wieder umzustimmen. Noch schwieriger wird es sein, den noch einmal größer gewordenen Rückstand bei den *Jungwählern* zu verkleinern oder gar wettzumachen. Hier deuten sich schwere strukturelle Defizite für die CDU an. Die zweite gilt weiter dem *Verhältnis von CDU und CSU*. Hatte es noch in der Vorwahlkampfzeit gelegentlich so ausgesehen, als würde die Trennung der beiden Parteien nach verllorener Wahl mit Sicherheit kommen, ist gegenwärtig nicht mehr davon die Rede. Alle diesbezüglich dennoch fortbestehenden Zweifel wurden durch die rasche Bildung der gemeinsamen Fraktion zunächst einmal widerlegt. Die Union konnte so zeigen, daß sie handlungsfähig ist. Und es sieht so aus, daß nach der Niederlage vom 5. Oktober auch in Bayern nüchterner über die eigenen Möglichkeiten nachgedacht wird und daß auch bei der CSU Selbstverständnis und Selbstbewußtsein wieder näher zueinanderfinden, wozu neben den gemeinsamen Wahlkampf Erfahrungen auch das eigene passable, aber keineswegs überragende Wahlergebnis beitragen dürfte. Denn trotz des hohen Ergebnisses von 57,6 Prozent hat auch die CSU nirgends dazugewonnen, und die Verluste in München stehen denen der CDU in Nordrhein-Westfalen nicht nach.

Einerseits ist nicht zu leugnen, daß die Union als ganze gerade in diesem Wahlkampf, nicht zuletzt dank Strauß, zu neuer Geschlossenheit gefunden hat, daß auch der innere Zusammenhang zwischen beiden Parteien gestärkt, die Solidarität eher gewachsen ist. Andererseits wird in Zukunft die CDU insgesamt durch ihre bayerische Schwesterpartei, da die Trumpfkarte Strauß nicht gestochen hat und so als Druckmittel nicht mehr zur Verfügung steht, sehr viel weniger beeindruckbar sein. Noch ist aber eine *CSU nach Strauß* nicht zu erkennen, und die alten Streitpunkte werden wieder aufbrechen, wenn es um die Überprüfung nicht mehr haltbarer Positionen, also um die politisch-ideelle Erneuerung der beiden Parteien geht.

Dennoch – und darauf richtet sich eine dritte skeptische Frage – wird gerade die *geistige Erneuerung der Union* das Um und Auf ihrer politischen Zukunft sein. Aber was heißt geistige Erneuerung einer politischen Partei in dieser Situation? In erster Linie wohl zweierlei: Zunächst einmal, daß sie die ihr vom Wähler parlamentarisch zugewiesene Funktion, also ihre Rolle als Opposition – in der noch jungen Demokratie in der Bundesrepublik eine besonders undankbare Aufgabe – ohne Ausflüchte und Abstriche übernimmt und sich *als Opposition* sachlich und personell profiliert. Auch dafür sind durch die eindeutige Niederlage die Voraussetzungen besser geworden.

Schwieriger ist das Zweite, die Überwindung bzw. Korrektur primär zu sehr ideologisch eingefärbter und nur scheinbar sachpolitisch begründeter Grundsatzpositio-

nen. Die Union braucht dabei ihren weltanschaulichen Standort, ihr Werteverständnis nicht zu verschieben. Sie braucht und darf das „C“ nicht weiter verwischen. Überlegungen freilich, wie sie z. B. Konrad Kraemer (in KNA vom 7. Oktober) anstellt, die Union müsse nach dem Verlust protestantischer Wählerstimmen im Norden und katholischer im Süden ihre Grundlagen neu festigen, könnte für eine in ihrem Werteverständnis dem Christentum verpflichtete Partei durchaus zwiespältig ausgehen. Die Wähler haben die CDU sicher nicht verlassen und SPD oder vor allem FDP gewählt, weil sie die *christliche Grundlage* in der Union vermißten, sondern weil das *sachpolitische Profil* der Union überlagert war durch ein politisches Sendungsbewußtsein, das zu wenig sachpolitische Differen-

zierung zuließ und dadurch eine klare Darstellung der politischen Zukunftsziele behinderte. Hier wird die Union ansetzen bzw. bereits vorhandene, aber bisher nicht zum Zuge gekommene Ansätze weiterentwickeln müssen. Die Frage ist, wird vor allem die künftige Fraktion im Bundestag, in der von den die Politik der Union wesentlich mittragenden Personen her eine Mentalitätsänderung noch nicht erkennbar wird, dazu bereit und in der Lage sein? Oder brechen zwischen CDU und CSU und in der CDU selbst die alten Querelen und Gegensätze spätestens dann wieder auf, wenn es z. B. um die Formulierung einer am eigenen Programm und nicht in erster Linie nur am politischen Gegner orientierten Außen- oder Gesellschaftspolitik geht?

Thomas Mechtler

Korrumpierung der Politik durch Karrierismus

Zu jüngsten Entwicklungen in Österreich

Die Diskussion um die Grundwerte, die der seinerzeitige Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Josef Taus, in einer Art „Nachziehverfahren“ zur bundesdeutschen Entwicklung auch in Österreich ankurbeln wollte, ist binnen kürzester Zeit ergebnislos versandet. Österreich war nie ein Land der großen Philosophen oder tiefeschürfender Grundsatzdebatten. Nach 1945 kamen noch die Traumata nach den harten ideologischen Auseinandersetzungen der Zwischenkriegszeit hinzu, die damals zum blutigen Bürgerkrieg führten und die die landläufige Abneigung gegen Ideologie und politische Theorie noch verstärkten.

Seither versucht man in der Alpenrepublik Probleme mit *vorwiegend pragmatischen Methoden* zu lösen, und der Erfolg scheint diesem Weg recht zu geben. Österreich ist ein stabiles Land mit einer außergewöhnlich niedrigen Arbeitslosenrate und wenig Inflation geworden, und erst im Frühjahr 1980 feierte die rot-weiß-rote Republik unter internationaler Beteiligung die Erinnerung an den Abschluß des Staatsvertrages vor 25 Jahren, wobei das Wort von Papst Paul VI., „Österreich sei „eine Insel der Seligen“, allzu oft und unkritisch strapaziert wurde.

Grundsatzfragen aus der Praxis aktuell geworden

Mittlerweile haben sich dunkle Wolken über dieser „Insel der Seligen“ zusammengezogen: Beispiellose Korruptionsskandale, härteste *interne Konflikte in der sozialistischen Regierungspartei*, die seit mehr als zehn Jahren die Alleinverantwortung trägt, und eine Kette von Verhaftungen wegen Korruption, Schmiergeldzahlungen und Steuerhinterziehung in Millionenhöhe erschüttern das Land. Nun plötzlich stellt sich von der politischen Praxis her eine ganze Reihe von Grundsatzfragen, denen man allzu lange

von der Theorie her ausgewichen war: Kann ein Staatswesen existieren, wenn über grundlegende ethische Fragen des Zusammenlebens kein Konsens besteht? Wohin führt der „Kreisky-Sozialismus“ ohne Bindung an bestimmte Werte der politischen Moral? Welche Alternativen haben die anderen politischen Parteien anzubieten? Und welche Position nimmt angesichts dieser Entwicklung die Kirche ein?

Begonnen hat diese plötzliche politische Wendung mit *Enthüllungen über den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses (AKH)* in Wien, das bis 1987 mit einem Kostenaufwand von etwa 5 Milliarden DM fertiggestellt sein soll. Allmählich sickerte durch, daß es beim Bau dieses Monsterprojektes zu krassen Unregelmäßigkeiten gekommen war: Millionen flossen über Briefkastenfirmen in Liechtenstein, die sich phantasiereiche Namen zulegten, an bestimmte Adressen in Österreich zurück, die bis jetzt nur zum Teil ausgeforscht werden konnten. Zum Teil handelt es sich dabei um Schmiergelder großer und sonst angesehener Firmen, die beim AKH-Bau zum Zug kommen wollten, zum anderen Teil wurden offenkundig zum Zweck der Steuerhinterziehung Schwarzgelder in das kleine Fürstentum am Oberrhein transferiert. Ungeklärt ist bis zum heutigen Tag, wieviel von diesen Millionen zur insgeheimen „Parteienfinanzierung“ abgezweigt wurde. Die Verfilzung großer Teile des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in Österreich mit den beiden großen politischen Parteien läßt den Schluß, daß es viel gewesen sein dürfte, als naheliegend erscheinen, doch konnte er bis jetzt nicht nachgewiesen werden.

Im Zug der AKH-Skandale, die den *Enthüllungsjournalismus* zu immer neuen Fleißaufgaben beflügelten, wurden nacheinander zehn Personen verhaftet. Unter ihnen befand sich ein Direktor der im Auftrag der Gemeinde Wien arbeitenden AKH-Planungsgesellschaft, es wurden aber auch Prokuristen und Direktoren von ITT, Siemens-